



Vorlage an das Stadtparlament

vom 13. Dezember 2005 Nr. 1300

Interpellation

Interpellation Max Lemmenmeier: Bevölkerungsbefragung Stadt St.Gallen 2005: Sinn oder Unsinn?; schriftlich

Max Lemmenmeier sowie 24 Mitunterzeichnende reichten am 15. November 2005 eine Interpellation „Bevölkerungsbefragung Stadt St.Gallen 2005: Sinn oder Unsinn“ ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

In der Interpellation werden grundsätzliche Bedenken zum Wert solcher Umfragen wie auch zum methodischen Vorgehen geäussert. Insbesondere werden die gestellten Fragen als nichtssagend oder suggestiv beurteilt und es wird befürchtet, dass die Exekutive als Auftraggeberin Befragungen in einseitiger und manipulativer Weise einsetze. Ferner wird bemängelt, dass zentrale Bereiche des städtischen Zusammenlebens ausgeklammert würden.

Über den Wert von Bevölkerungsumfragen kann man durchaus geteilter Meinung sein. Erfreulicherweise ist aber festzustellen, dass 90 Prozent der Interviewten die Befragung als eher oder sehr sinnvoll erachten. Dieser Anteil liegt bei den Ausländerinnen und Ausländern sogar bei 95 Prozent. Der Wert solcher Umfragen liegt unter anderem darin, auch die Meinung von Personen zu erfahren, die nicht in Interessengruppen bzw. politisch wenig organisiert sind. Dazu gehört insbesondere die ausländische Wohnbevölkerung, die sich an der Urne nicht äussern kann. Für politische Entscheidungsträger und die Verwaltung resultieren aus der Befragung repräsentative, von Medien und Meinungsmachern nicht direkt beeinflusste Aussagen über die Lebensqualität und -situation der Bevölkerung wie auch über soziale Entwicklungen. Umfragen bilden ein wichtiges Instrument, um frühzeitig einen Handlungsbedarf zu erkennen, politische Ziele zu evaluieren und das städtische Leistungsangebot zu optimieren. So haben andere Schweizer Städte den Wert von Bevölkerungsumfragen schon länger erkannt. Bern führt seit 1995 im Zweijahresrhythmus Bevölkerungsumfragen durch, die Stadt Zürich seit 1999 und Basel seit 2003.



Im Rahmen der Berichterstattung zum Postulat „Neuorganisation und neue Schwerpunkte der Stabsstelle für Wirtschaftsförderung“ (SRB Nr. 2007 vom 16. Mai 2002) hat der Stadtrat die Absicht bekundet, ebenfalls Einwohnerinnen- und Einwohnerbefragungen durchzuführen.

Die in der Stadt St.Gallen 2005 erstmals in dieser Form durchgeführte Bevölkerungsbefragung ist sorgfältig vorbereitet worden. Die Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen (FfS), welche mit der wissenschaftlichen Leitung des Befragungsprojektes betraut wurde, ist der Charta der öffentlichen Statistik der Schweiz verpflichtet. Diese Charta stellt eine berufsethische Grundlage für die statistischen Fachstellen dar und legt die Prinzipien in den Bereichen öffentliche Information, Unabhängigkeit, Veröffentlichungen, Qualität und Persönlichkeitsschutz fest. Gemäss dieser Charta erfüllt die öffentliche Statistik „Bedürfnisse nach statistischen Informationen von allgemeinem Interesse sowie jene, welche sich aus der Erfüllung staatlicher Aufgaben ergeben.“ Die FfS hat zusammen mit dem LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, dem grössten Umfrageinstitut der Schweiz, und den zuständigen Verwaltungsstellen den Fragebogen entwickelt, die Tauglichkeit und Verständlichkeit der Fragen in einem Pretest mit Telefoninterviews überprüft und einen nach soziodemografischen Merkmalen geschichteten Stichprobenplan auf Basis des Einwohnerregisters festgelegt. Dem Vorwurf von Einseitigkeit und Manipulation ist bei diesem professionellen Vorgehen entschieden entgegen zu treten, da die Auswertung der Umfrage durch das LINK Institut sowie die Analyse und die neutrale Berichterstattung durch die kantonale FfS vorgenommen wurde.

Das Thema „Sicherheit und Sauberkeit“ ist ohne Zweifel ein zentraler Bereich des städtischen Zusammenlebens. Selbstverständlich gibt es weitere interessante Vertiefungsschwerpunkte. Nebst dem mit andern Städten gemeinsamen Befragungsteil soll in künftigen Befragungen im Spezialteil jeweils wechselnd ein anderes Thema gewählt werden. Auch die Stadt Basel leuchtete in ihrer ersten Befragung im Jahr 2003 das Thema „Sicherheit und Sauberkeit“ aus; in diesem Jahr legte Basel den Schwerpunkt auf Mobilität und Wohnortattraktivität, während Bern den Verkehr und Zürich das Einkaufs- und Freizeitverhalten als Thema des Vertiefungsteils wählte.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen im Einzelnen wie folgt:

1. Die Aufwendungen belaufen sich auf knapp CHF 80'000. Dies entspricht umgerechnet einem Betrag von CHF 80 pro Interview für die Vorbereitungsarbeiten, die Übersetzung des Fragebogens in zwei Fremdsprachen, die eigentliche 25-minütige Telefonbefragung sowie die Tabellenauswertungen, Grafiken und die Berichterstattung.



2. Die Durchführung von Bevölkerungsumfragen ist in der gesetzlichen Befugnis mit enthalten, welche dem Stadtrat als oberstem Leitungs- und Verwaltungsorgan gemäss Art. 40 Abs. 1 der Gemeindeordnung zukommt. Eine darüber hinaus gehende gesetzliche Grundlage ist nicht erforderlich. Ein Nachtragskredit für die Durchführung der Befragung wurde vom Stadtrat am 12. April 2005 beschlossen. Kredite für Folgebefragungen werden künftig über den ordentlichen Budgetweg beantragt.
3. Die Fragen 3, 4, 5 und 7 hängen teilweise miteinander zusammen und werden wie folgt beantwortet:

Der Stadtrat ist sich der anstehenden Probleme, wie sie im Interpellationstext aufgelistet werden, sehr wohl bewusst und er nimmt den Wählerauftrag ernst, sie im Rahmen seiner Möglichkeiten einer Lösung zuzuführen. Auch hat der Stadtrat den Resultaten der Bevölkerungsumfrage entnommen, dass St.Gallen kein singuläres Schlüsselproblem aufweist, jedoch die Problemfelder Drogen, Kriminalität, Steuerbelastung und Verkehrsbelastung am häufigsten genannt werden. In einem weiteren Schritt soll nun vertieft abgeklärt werden, ob soziodemografisch und quartiermässig signifikante Abweichungen feststellbar sind, um entsprechende Handlungsfelder zu erkennen.

Abstimmungen zu Sachvorlagen als Volksrecht haben eine andere Funktion als Bevölkerungsumfragen. Geht es bei ersteren um Zustimmung oder Ablehnung zu einzelnen Sachgeschäften, stellen Befragungen eine Art Seismograf dar, mit dem die Bedeutung bestimmter Themenbereiche, der Grad der Zustimmung zur bestehenden Situation in städtischen Politikfeldern und die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem städtischen Dienstleistungsangebot und städtischen Einrichtungen gemessen werden können. Daraus resultiert ein differenziertes Bild über die Meinungen der breiten Bevölkerung. Eine periodische Durchführung der Umfrage erlaubt es ausserdem, Veränderungen in der Wahrnehmung und Beurteilung politischer Massnahmen festzuhalten. Erst Vergleiche über die Jahre werden zeigen, ob sich Massnahmen bewähren. Zudem ermöglicht der allgemeine, in allen beteiligten Städten identische Teil des Fragebogens – unter Berücksichtigung der standortspezifischen Eigenheiten – einen Vergleich zwischen diesen Städten.

6. Es trifft nicht zu, dass der Stadtrat den Wunsch der Bevölkerung nach stärkerer Polizeipräsenz in seiner Medienmitteilung besonders hervorhebt. Die Auswertung der Antworten zeigt aber in der Tat, dass 41 Prozent aller Befragten eine verstärkte Polizeipräsenz zur Verbesserung der Sicherheit als notwendig erachten. Der von zwei Fünfteln der Bevölkerung geäusserte Wunsch nach einer stärkeren Polizeipräsenz unterstreicht, dass diesem Anliegen durchaus Gewicht zukommt.



Der Stadtrat hält an dieser Stelle fest, dass er über das Ergebnis der Bevölkerungsbefragung erfreut ist. Die Resultate zeigen, dass 97 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner sehr gerne oder eher gerne in der Stadt St.Gallen wohnen. Positiv stimmt auch, dass die 15 erfragten Lebensaspekte sowohl bezüglich Wichtigkeit wie Zufriedenheit insgesamt eine gute Benotung erhalten haben. Das hohe Zufriedenheitsniveau ist für den Stadtrat Ansporn, in diesen Bereichen weiterhin aufmerksam und bewusst gestaltend tätig zu sein. Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage als repräsentative Meinungsäusserung der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt stehen selbstverständlich auch dem Stadtparlament für dessen politische Arbeit zur Verfügung.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation

